Protokoll: Ausschuss für Stadtentwick- lung und Technik des Ge- meinderats der Landes- hauptstadt Stuttgart		Niederschrift Nr. TOP:	116 17	
Verhandlung		Drucksache:	74/2023	
			GZ:	
Sitzungstermin:		28.03.2023		
Sitzungsart:		öffentlich		
Vorsitz:		BM Pätzold		
Berichterstattung:		Herr Bertram, Frau de la Rosa (beide ASW)		
Protokollführung:		Frau Klemm / th		
Betreff:		Sanierung Stuttgart 30 - Gablenberg - Soziale Stadt - Investitionen im Quartier Standortsuche Quartiersgarage Gablenberg		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik v. 21.03.2023, öffentlich, Nr. 97

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 09.03.2023, GRDrs 74/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

- 1. Von den 4 neu vorgeschlagenen und geprüften Standorten
 - Wagenburgstraße, unter der Kreuzung mit Gablenberger Hauptstraße und Talstraße, im Folgenden Variante 1.1
 - Wagenburgstraße, unter dem Straßenraum zwischen der Kreuzung mit Gablenberger Hauptstraße und Talstraße im Norden und der Kreuzung mit der Klingenstraße im Süden, im Folgenden Variante 1.2
 - Grünfläche Südliche Klingenbachanlage unterhalb der Wagenburgstraße, im Folgenden Variante 2 und
 - Bergstraße, Flste. 11065/1, 11066 und 11067/1, im Folgenden Variante 3 für eine Quartierstiefgarage wird Kenntnis genommen.
- 2. Der Auswahl der für eine weitergehende Standortuntersuchung geeigneten Varianten 1.2 und 3 durch die Verwaltung wird zugestimmt.

- 3. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine Machbarkeitsstudie für die Varianten 1.2 und 3 mit Kosten in Höhe von 120.000 EUR auszuschreiben und zu beauftragen.
- 4. Die Auszahlung für die Machtbarkeitsstudie in Höhe von 120.000 EUR wird in Teilfinanzhaushalt 2023 THH 610, Amt für Stadtplanung und Wohnen bei Projekt Nr. 7.613036 Sanierung Stuttgart 30 -Gablenberg- AuszGr 7873 Sanierungskosten gedeckt.

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wird von 10.55 Uhr bis 11.15 Uhr wegen eines Feueralarms im Rathaus unterbrochen.

Ein Vortrag wird auf Nachfrage des <u>Vorsitzenden</u> nicht gewünscht.

Ihren Dank für die Bemühungen der Stadt äußern StRin Rühle (90/GRÜNE), StR Kotz (CDU), StRin Schanbacher (SPD), StR Schrade (FW) und StR Dr. Mayer (AfD).

Zustimmung zu der Vorlage bekunden StR <u>Kotz</u>, StR <u>Serwani</u> (FDP), StR <u>Schrade</u> und StR <u>Dr. Mayer</u>.

Die StRinnen Rühle, Schanbacher und StRin Köngeter (PULS) sowie StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) heben die dringende Notwendigkeit der - auch barrierefreien - Umgestaltung der Gablenberger Hauptstraße und der Umwandlung der Klingenstraße in eine Fahrradstraße hervor. Auf eine mögliche Tiefgarage und den Abschluss der Umgestaltung des Schmalzmarktes könne man dabei nicht warten, meint StRin Rühle. Für ihn, so StR Kotz, sei die Verbesserung für den Schmalzmarkt ohnehin fraglich. StRin Schanbacher meint, zur Umgestaltung der Gablenberger Hauptstraße bedürfe es unter Umständen Kompromisse, auf jeden Fall aber einer sorgfältigen Abwägung mit dem Ziel einer besseren Lebensqualität und Handelsbelebung, für die sich der Handels- und Gewerbeverein (HGV) Gablenberg e. V. in Form von Verschönerung von Schaufenstern bei Leerstand bereits jetzt einsetze. Frau Eskilsson (BVin Ost) merkt an, der Verein setze sich auch für den Erhalt von Parkplätzen ein. Auf den Umgang der Bevölkerung mit der weiteren Entwicklung der Gablenberger Hauptstraße zeigt sich StR Kotz gespannt. Die Klingenstraße als Fahrradstraße sieht StRin Köngeter auch als wichtigen Bestandteil eines zusammenhängenden Fahrradnetzes in Stuttgart und Beitrag zu einem reduzierten motorisierten Individualverkehr (MIV) und einer Verkehrswende. Dagegen hält es StR Serwani für falsch. die Klingenstraße ohne die dringend benötigte Quartiersgarage in eine Fahrradstraße umzuwandeln.

Wie der Bezirksbeirat Ost, sagt StRin Rühle, sei auch sie der Meinung, die Vorschläge der Verwaltung eigneten sich nicht zur weiteren Verfolgung. Umfängliche und kostspielige Mobilitätsuntersuchungen wie zum - bereits als Standort ausgeschlossenen - Schulhof sollten nicht wiederholt werden, wenn die Standorte bereits bei der ersten Betrachtung ungeeignet seien. Die Stadträtin zählt die Nachteile der einzelnen in den Blick genommenen Standorte auf. Weiterzuverfolgen seien ihrer Ansicht nach die Stellplätze beim Discounter Aldi, die aber mit 100 € pro Monat und Platz sehr teuer seien, zumal für die eingeschränkte Parkzeit (22.15 bis 07.30 Uhr). StR <u>Serwani</u> findet das Angebot weder zeitlich noch preislich akzeptabel. Frau <u>de la Rosa</u> informiert, mit dem Discounter Aldi gebe es noch keine Vereinbarung, man habe dort lediglich angefragt. Zudem sei

Aldi nicht Eigentümer des Gebäudes. Das Schulverwaltungsamt prüfe im Übrigen momentan die Nutzung der Schulparkplätze nach Schulschluss, fügt sie hinzu und beantwortet damit eine weitere Frage von StRin Rühle.

StR Kotz führt aus, man stehe weiter zu den Vorschlägen der Verwaltung und präferiere den Standort Bergstraße wegen der einfacheren baulichen Realisierung. Die Ein- und Ausfahrt in der Straße sowie den gegenüberliegenden Spielplatz sehe man nicht als Ausschlusskriterien an. Auch der Schulstandort scheide für ihn nicht kategorisch aus. weil temporäre Einschränkungen während der Bauzeit durchaus handhabbar seien, wie bei anderen Projekten auch. Sollte sich keine Mehrheit für die Beschlussanträge ergeben - und das zeichne sich wohl ab - stelle er sich die Frage, wo überhaupt in dieser Stadt noch Quartiersgaragen möglich seien, erfülle doch keine Stelle alle geforderten Bedingungen in optimaler Weise. Dem widerspricht StRin Schanbacher mit dem Hinweis auf die diskutierte Quartiersgarage am SSB-Areal. StR Kotz fährt fort, er habe mit einer Ablehnung der Vorlage - auch wegen der Signalwirkung auf andere Stadtbezirke ein Problem und könne sich nur schwer weitere Rückbauten von Stellplätzen im Quartier vorstellen, zumal man den Menschen vor Ort kein städtebaulich gutes Angebot machen könne und er nicht an einen zunehmenden Umstieg auf das Fahrrad für Besorgungsgänge glaube. StRin Schanbacher meint, es gebe bisher keine Planung für den Wegfall von Parkplätzen. Die Parksituation in der Gablenberger Hauptstraße nach einer Umgestaltung müsse abgewartet werden, sagt StR Serwani. Frau de la Rosa bestätigt, eine Planung für die Parksituation in der Gablenberger Hauptstraße bestehe noch nicht. Man habe lediglich festgestellt, dass die vorhandenen Schrägparker auf die Breite heutiger Fahrzeuge angepasst werden müssten und damit einige wenige Stellplätze wegfielen.

Aus dem eindeutigen Votum des Bezirksbeirats gehe ohnehin hervor, so StRin Schanbacher, dass eine Quartiersgarage nicht mehr zur Debatte stehe. Das müsse man den Menschen vor Ort ehrlich vermitteln und das Thema private Parkplätze - auch Lehrer*innen-Parkplätze - ebenso ins Gespräch bringen wie ein verbessertes Angebot von Aldi. Der Bevölkerung sei jahrelang eine Lösung angekündigt worden, die jetzt nicht komme. Frau de la Rosa betont, eine Quartiersgarage sei nie zugesagt, es sei ausschließlich eine Untersuchung angekündigt worden. Damit geht sie auch auf eine Bemerkung von StR Serwani ein, es sei eine Quartiersgarage versprochen worden. StRin Schanbacher findet es zudem äußerst schwierig, wenn von Seiten der Verwaltung im Bezirksbeirat nach einer so langen Diskussion spontan fragwürdige Lösungen aufgezeigt würden, um Mehrheiten zu gewinnen. Damit spielt die Stadträtin auf automatisierte Garagen an.

StR <u>Serwani</u> versteht die diesbezügliche Kritik an der Verwaltung nicht: Im Bezirksbeirat sei der Vorschlag sehr gut angekommen. Man habe sogar in den Raum gestellt, eine automatisierte Garage wegen der vereinfachten Zu- und Abfahrt als Quartiersgarage unter dem Schulhof zu installieren. Jeder wisse um den Parkdruck, äußert sich StRin <u>Köngeter</u>, was aber nichts an der Tatsache ändere, dass es keinen geeigneten Standort für eine Quartiersgarage gibt. Bei der Garage unter dem Schulhof gehe es nicht nur um Zu- und Abfahrt, sondern auch um massive Beeinträchtigungen des Schulbetriebs. Das löse auch eine vollautomatisierte Garage nicht.

Auch StR <u>Schrade</u> meint, eine solche Lösung könne zumindest Teil einer gesamthaften Problemlösung sein und in eine Machbarkeitsstudie einbezogen werden. Diese Möglichkeit zu prüfen, so anschließend BM Pätzold, sei seine Idee gewesen, um dem

Platzmangel mit Technik zu begegnen. Es habe sich ja bisher in den Planungen immer die lange Zufahrtsrampe und der Platzverbrauch als schwierig herauskristallisiert. Zudem biete die Firma Wöhr GmbH in Leonberg solche Garagen an (München, seit 2006, unter der Donnersbergstraße).

StR <u>Serwani</u> fährt fort, es sei im Rahmen der Sitzung des Bezirksbeirats auch festgestellt worden, dass der Schulstandort nicht abgelehnt, sondern die Verwaltung vom Gemeinderat zu einer neuen Standortsuche aufgefordert worden sei, woraus die neuen Vorschläge resultierten. Das bestätigt der <u>Vorsitzende</u> und erklärt, es zeige sich erfahrungsgemäß eine größere Akzeptanz für Parkplätze, wenn diese gebündelt würden. Auch aus dem Grund habe man den seinerzeitigen Auftrag des Ausschusses für Stadtentwicklung und Technik (STA) an die Verwaltung angenommen und den vorliegenden Vorschlag gemacht.

StR <u>Rockenbauch</u> entschuldigt sich zunächst bei der Bezirksvorsteherin von Stuttgart-Ost für seine in der letzten Ausschusssitzung des STA geforderte unmittelbare Ablehnung der Vorlage. Natürlich sei es angemessen, dies zuerst im Bezirksbeirat zu besprechen. Dessen Votum könne man folgen.

Der Prozess und die Sichtweise der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, konstatiert StR <u>Schrade</u>, seien offensichtlich Interpretationssache. Ihn interessiere, wie die Bürgerschaft vor Ort tatsächlich vorgehen würde. In dem Zusammenhang fordert StR <u>Dr. Mayer</u> die anderen Ausschussmitglieder zu einer Überlegung auf, wie eine basisdemokratische Entscheidung vor Ort aussehen könnte.

StR <u>Schrade</u> stimmt seinen Vorrednern StR Kotz und StR Serwani zu und ist dankbar für die kurzfristige Prüfung der Standorte durch die Verwaltung. Im STA und im Bezirksbeirat hingegen habe ein erstaunlicher Sinneswandel stattgefunden, den er nicht nachvollziehen könne. Seines Erachtens habe seither Konsens über die Notwendigkeit einer Quartiersgarage bestanden. Deshalb sei es ihm ein Anliegen, die Thematik weiterzuverfolgen, zumal sich Entwicklungen in der Gablenberger Hauptstraße und der Klingenstraße abzeichneten, die die Parkplatzsituation nicht vereinfachten. Alternativen wie der Aldi-Parkplatz oder die Schulparkplätze könnten lediglich eine Teillösung sein. Seine Fraktion halte an der Quartiersgarage fest und wolle diese verwirklichen. Auf Kompromisse müsse man sich dabei einlassen.

Die vermeintlich eindeutige Ablehnung im Bezirksbeirat stimme so nicht, stellt StR <u>Dr. Mayer</u> anhand der Abstimmungsergebnisse im Protokoll fest. Der Stadtrat fasst die Beschlussvorlage und die -anträge zusammen. Er sehe kein Argument für eine Ablehnung der Vorlage, es sei denn, man wolle "mit Gewalt Quartiersgaragen und Automobilstellplätze verhindern".

Es äußert sich anschließend Frau Eskilsson. Im Nachgang zu der letzten Bezirksbeiratssitzung wolle sie erwähnen, auch sie sei überrascht über den Sinneswandel und habe sich die Frage nach den Hintergründen gestellt. Seinerzeit habe der STA der Verwaltung den Auftrag gegeben, neue Standorte zu prüfen. Davon sei der Bezirksbeirat wenig begeistert gewesen, habe er doch seinerzeit noch eindeutig den Schulstandort präferiert. Nichtsdestotrotz sei eine Mehrheit gegen die vorliegende Beschlussvorlage zustande gekommen. Sie müsse das akzeptieren, wolle aber eindringlich auffordern, man möge sorgfältig mit der Abstimmung und allen daraus resultierenden Auswirkungen auf die weiteren Maßnahmen umgehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, geht der <u>Vorsitzende</u> zur Abstimmung der Beschlussvorlage über.

BM <u>Pätzold</u> stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik <u>lehnt den Beschlussantrag</u> gemäß Beschlussvorlage GRDrs 74/2023 mit 9 Gegenstimmen nach einer Aussprache mehrheitlich <u>ab</u> (6 Ja-Stimmen).

Zur Beurkundung

Klemm / th

Verteiler:

 Referat SWU zur Weiterbehandlung Amt für Umweltschutz Amt für Stadtplanung und Wohnen (5) Baurechtsamt (2)

II. nachrichtlich an:

- 1. Herrn Oberbürgermeister
- 2. S/OB

S/OB-Mobil

Stabstelle-Klimaschutz

3. Referat WFB

Stadtkämmerei (2)

Liegenschaftsamt (2)

4. Referat T

Tiefbauamt (2)

Tiefbauamt/SES

Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)

- 5. BVin Ost
- 6. Amt für Revision
- 7. L/OB-K
- 8. Hauptaktei
- III. 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 - 2. CDU-Fraktion
 - 3. SPD-Fraktion
 - 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 - 5. FDP-Fraktion
 - 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 - 7. Fraktion FW
 - 8. AfD-Fraktion

kursiv = kein Papierversand